

Ergebnisprotokoll zur Ressortbesprechung „IFG Kampagne Gläserne Gesetze“ am 05.07.2017

15:00-17:30 Uhr, Bundeministerium des Innern (Berlin/Bonn)

Anlagen:

- 1) Teilnehmerliste
- 2) Entwurf einer Pressemitteilung

Ergebnisse:

1) Bezüglich der **Veröffentlichung der Referentenentwürfe und Stellungnahmen der Verbände zu Gesetzgebungsverfahren der 18. Legislaturperiode** einigen sich die anwesenden Vertreter der Ressorts wie folgt:

- a) Es werden Referentenentwürfe in der Form veröffentlicht, in der sie in die Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO gehen.
- b) Sofern keine Verbändebeteiligung erfolgt, werden die ressortabgestimmten Referentenentwürfe veröffentlicht.
- c) Es werden die aufgrund der Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen der Verbände veröffentlicht. Die Veröffentlichung erfolgt unter der Maßgabe, dass sämtliche personenbezogenen Daten in den Stellungnahmen der Verbände zuvor entfernt (geschwärzt) werden. Den Verbänden wird vorab schriftlich mitgeteilt, dass die Stellungnahmen veröffentlicht werden sollen, und diesen je nach Notwendigkeit die Möglichkeit der aktiven Einwilligung oder des Widerspruchs gegeben.
- d) Die Veröffentlichung erfolgt über den Internetauftritt der jeweiligen Ressorts. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte die Veröffentlichung über die im Rahmen der E-Gesetzgebung geschaffene digitale Plattform erfolgen.
- e) Mit der Veröffentlichung der Referentenentwürfe und Stellungnahmen von Verbänden in Gesetzgebungsverfahren der 18. Legislaturperiode wird unverzüglich begonnen.

2) Bezüglich der **Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Stellungnahmen von Verbänden zukünftiger Gesetzgebungsverfahren ab der 19. Legislaturperiode** einigen sich die anwesenden Ressortvertreter unter dem Leitungsvorbehalt der politischen Grundentscheidung für eine proaktive Veröffentlichung in der Zukunft wie folgt:

- a) Das Verfahren entspricht dem der Veröffentlichung von bereits abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren (Siehe Punkt 1).
- b) Als spätmöglicher Zeitpunkt der Veröffentlichung wird der Kabinettsbeschluss über den Gesetzesentwurf bestimmt.
- c) Bei der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO soll zukünftig eine Hinweis entsprechend dem vom BMJV bereits übersandte Mustertext (siehe unten) verwendet werden.

Kommentar [Sw1]: Nach hiesiger Erinnerung wurde gestern zu diesem Punkt folgendes Ergebnis erzielt:

„Die Verbände werden vor der Veröffentlichung (ggf. in genereller Form) über die geplante Veröffentlichung der Stellungnahme(n) und können dieser ggf. widersprechen.“

Für diese Lösung hatte die Mehrheit der Ressorts votiert. Für die alternative Lösung (Veröffentlichung der Verbändestellungnahme ohne vorherige Einbindung der Verbände unter bei Schwärzung aller personenbezogenen Daten) hatten sich bei der Abstimmung nur vier Ressorts entschieden. In diesem Zusammenhang war auch erörtert worden, dass hier möglichst ein einheitliches Vorgehen der BReg erfolgen sollte.

Abgesehen davon führt die im Protokollentwurf aufgenommene „Doppel“-Lösung zu einer Erhöhung der Verwaltungsaufwands und macht auch rechtlich keinen Sinn. Eine generelle Schwärzung der personenbezogener Daten ist nur erforderlich, wenn keine Verbändeabfrage erfolgt. Wird eine Einwilligung eingeholt wird (bzw. der Veröffentlichung nicht widersprochen), bedarf es keiner Schwärzung personenbezogener Daten.

Gelöscht: Es wird sich grundsätzlich auf die Verwendung des

Gelöscht: n

Gelöscht: es

Gelöscht: bei der Beteiligung von Verbänden geeignet

Weiteres Vorgehen:

1. Abstimmung über eine Pressemitteilung der Bundesregierung zur Veröffentlichung der Dokumente bis 06.07.2017 DS.
2. BK Amt klärt, wie sich die St Runde am 03.07.2017 zum Thema der zukünftigen proaktiven Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Verbändestellungnahmen positioniert hat.
3. BMI übersendet unverzüglich ein Ergebnisprotokoll der Ressortbesprechung an die Teilnehmer.

Mustertext des BMJV bei Beteiligung von Verbänden:

"Bitte beachten Sie, dass die von Ihnen eingereichten Stellungnahmen grundsätzlich auf unserer Internetseite publiziert werden. Dies umfasst auch Namen und sonstige personenbezogene Daten, die in dem Dokument enthalten sind. Dazu bitten wir darum, die Stellungnahme in einem PDF-Format einzureichen.

Sofern Sie mit der Veröffentlichung personenbezogener Daten nicht einverstanden sind, bitten wir, diese aus dem Dokument zu entfernen. Falls Sie der Publikation im Internet insgesamt widersprechen, wird auf der Internetseite des [Name des Ressorts] lediglich vermerkt, dass eine Stellungnahme eingereicht wurde und wer diese verfasst hat."